

## DAS „HANNAH-ARENDRT-INSTITUT FÜR TOTALITARISMUSFORSCHUNG“ IN DRESDEN

Die Gründung des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden (HAIT) entsprang dem Bedürfnis, die Bewältigung der DDR-Vergangenheit und die Wiederentstehung einer freiheitlichen Gesellschaft in den neuen Bundesländern durch historisch-sozialwissenschaftliche Forschung zu begleiten und zu fördern. Die Initiative der sächsischen Landtagsfraktion der CDU – die das Projekt am 27. September 1991 in einer Anhörung erörterte – wurde unverzüglich auf eine breite politische Basis gestellt: Am 21. November 1991 stimmten alle Fraktionen des Landtags dem Vorhaben zu; auch die Sächsische Staatsregierung unterstützte das Vorhaben. Das Institut wurde am 9. November 1992 gegründet und am 17. Juni 1993 – dem 40. Jahrestag des Volksaufstands in der DDR – eröffnet. Das HAIT verfügt über zehn Wissenschaftler-Planstellen, die in einem ausgewogenen Verhältnis von Mitarbeitern aus der „alten Bundesrepublik“ und den neuen Bundesländern besetzt sind. Die Stelle des Institutsvorstands, der in Personalunion an der TU Dresden eine Professur für vergleichende Totalitarismusforschung wahrnehmen soll, ist nach dem Tod des Gründungsdirektors, des Bonner Osteuropahistorikers Alexander Fischer, derzeit vakant, soll in den kommenden Monaten jedoch neu besetzt werden.

Aufgabe des Instituts ist die interdisziplinäre und vergleichende Untersuchung des gesamten Spektrums autoritärer und totalitärer Herrschaft vom Faschismus über den Nationalsozialismus bis zu den kommunistischen Regimen in Osteuropa; Kernstück der Forschungsarbeit bildet die Analyse der Gemeinsamkeiten und Unterschiede der beiden deutschen Diktaturen. Ein maßgeblicher Orientierungspunkt ist das Werk Hannah Arendts (1906–1975), insbesondere ihre epochale Untersuchung „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“. Die produktive Weiterentwicklung des klassischen Totalitarismuskonzepts soll in eine umfassende Theorie langfristiger Verlaufsformen von Gewaltherrschaft münden, welche über die bloße Beschreibung hinaus die innere Struktur und Dynamik derartiger Regime erklären kann. Die Forschungsarbeit des Instituts ist auf die Totalitarismustheorie jedoch keineswegs fixiert; genutzt wird vielmehr pragmatisch-unbefangen der gesamte reichhaltige Fundus historischer und sozialwissenschaftlicher Theorieangebote.

In der Konsequenz der Aufgabenbeschreibung laut Statuten, maßgeblich außerdem bedingt durch die enge Nachbarschaft zu Polen und zur Tschechischen Republik, betrachtet das Institut auch die Erforschung der Zeitgeschichte Ostmitteleuropas, vornehmlich in vergleichender Perspektive, als ein zentral wichtiges Anliegen. Neben der Wirtschaft, der Politik, der Gesellschaft und der Kultur dieses Raumes sind auch die bilateralen ökonomischen und politischen Beziehungen der östlichen Nachbarn zu Deutschland und insbesondere zu Sachsen von Interesse. Der Blick auf die kommunistische Ära verweist hier zwangsläufig auf die Vorgeschichte der Zwischenkriegszeit und – in längerfristiger Perspektive – mindestens zurück bis ins 19. Jahrhundert. Reges Interesse besteht auch an den Entwicklungen der Transformationsphase.

Der Schwerpunkt der Forschungsarbeiten soll ab Herbst des laufenden Jahres zunächst auf dem Themenfeld „Etablierung und Ausformung der zentralistischen Planwirtschaft in der DDR und in der Tschechoslowakei in den vierziger und fünfziger Jahren im sozialen und politischen Kontext“ liegen. Gegenstand der Analyse sind zwei in ihrem sozialökonomischen Entwicklungsstand ähnliche, somit gut vergleichbare fortgeschrittene Industriegesellschaften, die beide im Untersuchungszeitraum unter dem maßgeblichen Einfluß der Sowjetunion der Stalinisierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik unterworfen wurden – ein Prozeß, der im Lichte der Modernisierungstheorie vermutlich als „Regressionserscheinung“ zu werten ist. Leitende Fragestellung ist die nach den Gemeinsamkeiten und Unterschieden der „nationalen Entwicklungspfade“ zur zentralistischen Planwirtschaft; vergleichend analysiert werden Phasen und Verlaufsformen, Intensität und Resultate des Stalinisierungsprozesses in der Wirtschaft, die Wechselbeziehungen dieser Entwicklung zu Gesellschaft und Politik sowie ihre kürzer- und längerfristigen Ursachen. Dies beinhaltet die Frage nach dem jeweiligen „Mischungsverhältnis“ autochthoner nationaler Traditionen und oktroyierter Elemente des Sowjetkommunismus sowie die Untersuchung der beiden Gesellschaften gemeinsamen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen. Hier wird etwa auf die maßgeblichen Strukturverschiebungen aufmerksam gemacht, denen beide Volkswirtschaften nach dem Ende der NS-Kriegswirtschaft und im Zuge der Eingliederung in den RGW unterworfen waren. Beide Länder hatten etwa auch – die Tschechoslowakei nach der Vertreibung der Deutschen, die DDR im Zuge der „Republikflucht“ – mit einem gravierenden „Brain-drain“ zu kämpfen und Know-how-Lücken zu bewältigen. Angesprochen sind daneben aber auch die je spezifischen, Wirtschaftsstruktur, „Wirtschaftsstil“ und politische Kultur formenden und beeinflussenden nationalen Vorgeschichten: So war etwa in der Sowjetischen Besatzungszone/DDR die NS-Tradition autoritärer Wirtschaftslenkung vermutlich eine prägende Erfahrung, während im Fall der Tschechoslowakei nach dem Gewicht der rechtsstaatlichen, demokratischen und vergleichsweise liberalen Tradition der Ersten Republik, aber auch nach deren Deformation in der Zeit der deutschen Besatzungsherrschaft zu fragen ist. In beiden Fällen ist das – vermutlich unterschiedliche – Ausmaß personeller und organisatorischer Kontinuitäten auf dem Weg zum Kommunismus zu untersuchen.

Abgesehen von den geradezu „selbstverständlichen“ Kooperationsbeziehungen mit den Zentren der bohemistischen Forschung in Deutschland – genannt werden sollen

an dieser Stelle lediglich das Collegium Carolinum in München, das Herder-Institut in Marburg und das Geisteswissenschaftliche Zentrum für Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas in Leipzig – verfügt das HAIT auch über enge Arbeitskontakte zum Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte und zum Zentrum für Deutschland- und Österreich-Studien der Karls-Universität sowie zum Prager Institut für Zeitgeschichte. An weiteren Kontakten und Kooperationsvereinbarungen besteht lebhaftes Interesse.

Sammelschwerpunkte der Bibliothek mit derzeit 15 000 Monographien und 120 laufenden Zeitschriften (ab 1994) sind u. a. die Geschichte der SBZ/DDR, der ostmitteleuropäischen Länder und des bolschewistischen Rußland.

Im HAIT ist derzeit Dr. Christoph Boyer als wissenschaftlicher Referent für die Geschichte Ostmitteleuropas zuständig. Matthias Roeser bearbeitet ein Dissertationsprojekt mit dem Thema „Die Wirtschaftsbeziehungen im sächsisch-nordböhmischen Raum vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zur Gegenwart“.

Dresden

Christoph Boyer